

**Der Landesvorsitzende
BM Wolfgang Faißt**

Geschäftsstelle:
Alte Weinsteige 48
70180 Stuttgart
Fon 0711 640 48 35
Fax 0711 640 52 80
www.freiewaehler.org

Mobil: 0163 7061 120
Mail wolfgang.faisst@freiewaehler.org

Pressemitteilung

Kostenloser Öffentlicher Personennahverkehr

Vorschlag der Bundesregierung kontraproduktiv und nicht durchdacht

Der Vorschlag der geschäftsführenden Bundesumweltministerin der letzten Woche zur Vermeidung von Dieselfahrverboten ist in mehrfacher Hinsicht nicht nachvollziehbar, gefährdet den ÖPNV und ist offenbar völlig planlos.

18.02.2018

Der Landesverband der Freien Wähler Baden-Württemberg legt Wert darauf, dass bei öffentlichen Dienstleistungsangeboten Leistungen und Gegenleistung stimmen müssen. Staatsrechtlich wäre ein kostenloses ÖPNV-Angebot nur dann vertretbar, wenn man dadurch übergeordnete Ziele erreicht und wenn es volkswirtschaftlich sinnvoll ist.

Das Ziel, in den Städten unseres Landes eine sauberere Luft zu erreichen, ist grundsätzlich sinnvoll. Dies jedoch durch das Angebot eines kostenlosen Öffentlichen Personennahverkehr zu erzielen, ist in hohem Maße kontraproduktiv und nicht durchdacht, so der Landesvorsitzende der Freien Wähler Baden-Württemberg Bürgermeister Wolfgang Faißt.

Der Vorschlag der geschäftsführenden Bundesregierung enthält keinerlei Aussagen zu den finanziellen Auswirkungen. Inzwischen rudert die Bundesregierung zurück, spricht nur noch von einem Vorschlag – aber in keiner Weise davon, ob die betroffenen Kommunen ein solches Angebot voll oder teilweise finanziell tragen müssen.

Darüber hinaus erfolgte diese planlose Veröffentlichung ohne vorherige Abstimmung mit den Städten, in denen ein solches kostenloses ÖPNV-Angebot gemacht werden soll. Die geschäftsführende Bundesregierung hat es also komplett versäumt, Betroffene zu Beteiligten zu machen – ein grobes Foul nach Ansicht der Freien Wähler in Baden-Württemberg!

Es gibt auch keinerlei Aussagen darüber, ob dieses Angebot, das offenbar zeitlich befristet sein soll, in welcher Weise auch immer auch für Besitzer von Jahres- oder Monatstickets gelten soll und wie Mitnahmeeffekte vermieden werden können. Der Vorschlag der Bundesregierung übersieht darüber hinaus vollständig, dass die S- und U-Bahnen und die Busse in den betroffenen Städten morgens und abends in den Hauptberufsverkehrszeiten vollständig überfüllt sind und trifft keine Aussage dazu, wie es durch ein kostenloses Ticketangebot möglich sein soll, zusätzliche Fahrgäste dazu zu bringen, den ÖPNV zu nutzen.

Bankverbindung:
Volksbank Stuttgart eG
IBAN DE50 6009 0100 0234 205

Das kostenlose Busangebot samstags in Tübingen kann mit dieser Diskussion nicht verglichen werden, da es samstags keinen entsprechenden Berufsverkehr gibt.

Im Übrigen würde mit der Umsetzung dieses irrwitzigen Vorschlags der Bundesregierung der ländliche Raum noch weiter abgehängt.

Die vorgeschlagene ÖPNV-Förderung soll ja nur in (bestimmten) Städten gelten und würde das ÖPNV-Angebot auf dem Land nicht berücksichtigen. In der Folge würden die vielen Pendler, die sich die teuren Wohnungen in den Städten nicht mehr leisten konnten und deshalb aufs Land zogen, weiterhin mit ihren Fahrzeugen zur Arbeit in die Ballungsräume fahren.

Viel sinnvoller wäre es, wenn sich die Bundesregierung Gedanken darüber machen würde, die ÖPNV-Angebote im Land insgesamt zu verbessern:

- Neue S- und U-Bahnen und Busse könnten den Taktverkehr verdichten, so höhere Kapazitäten schaffen und das ÖPNV-Angebot qualitativ verbessern! Allerdings wären damit die Kapazitätsengpässe in den Hauptberufszeiten auch nicht gelöst.
- Investitionen zur Verbesserung der Pünktlichkeit des Bahn- und Busverkehrs könnten zusätzliche Fahrgäste von der Nutzung des ÖPNV überzeugen
- Verstärkte Investitionen in Park&Ride-Plätze

All diese zusätzlichen Investitionen in den ÖPNV würden Milliarden an Kosten verursachen, die aus Steuergeldern finanziert werden müssten. Ganz zu schweigen von den erforderlichen Milliardeninvestitionen, um die bestehenden Probleme des ÖPNV zu lösen. Zu diesem Thema hält sich die Politik dann aber vornehm zurück.

Ein kostenloses ÖPNV-Angebot wurde schon in vielen Fällen im In- und Ausland versucht, dann aber recht schnell wieder eingestellt. Vielleicht hätte die Bundesregierung diese Beispiele näher analysieren sollen, bevor ein solch übereilter und nicht durchdachter Vorschlag veröffentlicht wird.

„Ich bin davon überzeugt, dass es mit einem guten Angebot in modernen Zügen und Bussen und mit einem angemessenen Ticketpreis gelingen kann, mehr Menschen für den ÖPNV zu gewinnen“, so der Landesvorsitzende der Freien Wähler Baden-Württembergs Wolfgang Faißt. „Aber dazu ist es erforderlich, dass sich die politisch Verantwortlichen mit den betroffenen Betrieben an einen Tisch setzen, um gemeinsam die finanziellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten zu sondieren und um dann mit fundierten, ausgewogenen und realistischen Projekten an die Öffentlichkeit zu gehen“, so der Landesvorsitzende weiter.

Weitere Informationen: Homepage: www.freiewaehler.org

Der Landesverband der Freien Wähler Baden-Württemberg e. V. vertritt rund 10.000 Freie Wählerinnen und Freie Wähler in ganz Baden-Württemberg. Freie Wähler sind unabhängig, keine Partei und in der Regel in Vereinen organisiert. In Baden-Württemberg haben sie die meisten Sitze in den Gemeinderäten. Unser Foto zeigt: Landesvorsitzender BM Wolfgang Faißt, Stuttgart